

2° | 2009

VOICE



Unerwünschte Spiele

Kanadas Umgang mit seiner indigenen Bevölkerung

gesellschaft
für bedrohte
völker



Editorial

Am 12. Februar 2010 beginnen im kanadischen Vancouver-Whistler (B.C.) die 21. Olympischen Winterspiele. Indigenenorganisationen hatten die Vergabe der Spiele an Kanada kritisiert. Denn seit Jahren gibt es Auseinandersetzungen über die Landrechte in der Provinz Britisch-Kolumbien. Die frühen europäischen Siedler hatten den Grossteil des Territoriums ohne Berücksichtigung der dort lebenden Indigenen in ihren Besitz genommen. Indigenenorganisationen forderten deshalb: «Keine Spiele auf dem gestohlenen Land der Ureinwohner». Die Provinzregierung ging auf dieses Anliegen nicht ein. Klar ist: die Landrechtsfrage bleibt vorderhand ungelöst. Lesen Sie dazu auch den Bericht über den Wintersportort Sun Peaks und das Interview mit dem Indigenen-Aktivisten Arthur Manuel.

Indigenenorganisationen kritisieren zudem, dass viel Geld für die Infrastruktur der Olympischen Spiele aufgewendet wird, während gleichzeitig Kanadas Indigene in grosser Armut leben. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Krankheiten wie Krebs, Tuberkulose und HIV sowie Selbstmord sind bei der indigenen Bevölkerung um ein Vielfaches verbreiteter als im Landesdurchschnitt. Besonders gefährdet sind indigene Frauen. Sie werden überdurchschnittlich oft Opfer von Gewalttaten, viele verschwinden spurlos. Viele Indigene sind sich einig: die kanadische Regierung unternimmt zu wenig für eine reelle Verbesserung ihrer Lage. Diese Kritik wird auch auf internationaler Ebene, z.B. von der UNO, geteilt.

Dass wirtschaftliche Interessen nicht auf Kosten der Menschenrechte gehen sollen, beschäftigt uns auch in der Schweiz. Damit endlich Schweizer Waffenlieferungen in Konfliktregionen gestoppt werden, bitten wir Sie, am 29. November JA zu stimmen für die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten.

Franziska Stocker, Leiterin Kommunikation

4



Kanada: Schlusslicht des Westens

Knapp vier Prozent der kanadischen Bevölkerung sind indigener Abstammung. Die staatlichen Behörden sind wenig gewillt, das UNO-Abkommen über die Rechte Indigener Völker umzusetzen.

8



Sun Peaks: Idylle mit Schattenseiten

Weite Landschaft, unberührte Natur – damit wirbt Kanadas Tourismus. Auch für Sun Peaks, das zweitgrösste Wintersport-Resort. Indigenenorganisationen bekämpften bereits den Bau, nun opponieren sie gegen den Ausbau. Der Ankurbelung des Tourismus dienen auch die kommenden Olympischen Spiele.

15



Interview mit Yangzom Brauen

Die in Los Angeles lebende Berner Schauspieler, Tibetaktivistin und Autorin Yangzom Brauen erzählt im Roman «Eisenvogel» die Geschichte ihrer Grossmutter und Mutter. Beide flohen aus Tibet nach Indien und dann in die Schweiz.

Inhaltsverzeichnis

4	Kanada: Schlusslicht des Westens	10	Kurzinfos
6	Auseinandersetzung mit ungleichen Chancen	12	GfbV-Projekte und -Kampagnen
7	Sun Peaks: Idylle mit Schattenseiten	14	Service Bücher, Filme, Ausstellungen
8	Interview mit Arthur Manuel	15	Yangzom Brauen über ihr neues Buch

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Wiesenstrasse 77, CH-3014 Bern, Tel. 031 311 90 08, Fax 031 311 90 65, E-mail: info@gfbv.ch, Web: www.gfbv.ch, Spendenkonto PC 30-27759-7 **Redaktion:** Verantwortlich: Franziska Stocker, Mitarbeit: Hans Stutz **Gestaltungskonzept und Layoutsupport:** Clerici Partner AG, Zürich **Layout:** Franziska Stocker **Titelbild:** Demonstration im Andenken an die zahlreichen ermordeten indigenen Frauen in Kanada, Vancouver, 14.02.2009 (Foto: Jay Black) **Bild Rückseite:** Roma-Flüchtlingslager in Osterode/Kosovo (Foto: Franziska Stocker) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich, Auflage: 8 600 Exemplare, Einzelnummer: CHF 5.- zzgl. Versandkosten, Insertionstarif auf Anfrage **Nächste Ausgabe:** März 2010, Redaktions- und Inserateschluss: 1. Februar 2010 **Copyright:** © 2009 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Die Wiedergabe von Artikeln ist bei Angaben der Quelle und Belegexemplaren an die Herausgeberin erlaubt **Druck:** gdz AG, Zürich, gedruckt auf FSC-Papier **ZEWO:** Die GfbV trägt das ZEWO-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.



➤ Kanada: Schlusslicht des Westens

Knapp vier Prozent der kanadischen Bevölkerung sind indigener Abstammung. Die staatlichen Behörden sind wenig gewillt, das UNO-Abkommen über die Rechte Indigener Völker umzusetzen.

«Indigene Populationen bilden sich aus den vorhandenen Nachfahren der Völker, die, zur Zeit als Menschen einer anderen Kultur oder ethnischen Herkunft aus anderen Teilen der Welt dort ankamen, das gegenwärtige Territorium eines Landes ganz oder teilweise bewohnten, sie bezwangen und durch Eroberung, Ansiedlung oder anderen Mitteln in eine nicht bestimmende oder koloniale Situation versetzten; die heute mehr in Übereinstimmung mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bräuchen und Traditionen leben als mit den Institutionen des Landes, von dem sie nun Teil sind, unter einer staatlichen Struktur, die hauptsächlich die nationalen, sozialen und kulturellen Merkmale anderer Bevölkerungssegmente verkörpert, die vorherrschend sind.»

Definition der «UNO-Arbeitsgruppe zu den indigenen Bevölkerungsgruppen», 1982.

Wie andere westlichen Länder auch, sieht sich Kanada gerne als Champion der Menschenrechte. Dazu habe Kanada überhaupt «kein Recht», erklären hingegen Sprecher kanadischer indigener Organisationen. Besonders laut war ihr Zorn im Herbst 2007. Die UNO-Generalversammlung verabschiedete, nach jahrelangen und zähen Verhandlungen, die Resolution über die Rechte Indigener Völker. 143 Länder stimmten zu, elf Staaten enthielten sich der Stimme, vier stimmten dage-

gen: Dazu zählten neben Kanada auch Australien, Neuseeland und die USA. Alles Industriestaaten, in denen verhältnismäßig viele Ureinwohner leben. In Kanada beispielsweise sind es rund 1,3 Millionen, bei insgesamt 32,7 Millionen Einwohnern. Knapp vier Prozent sind also indigener Abstammung. Zu Kanadas indigener Bevölkerung zählen die First Nations (Indianer), die Inuits (Eskimos) und die Métis.

Verabschiedung von UNO-Resolution bekämpft

Kanada erntete auch Empörung von Seiten indigener Organisationen, weil die Regierung im Vorfeld des Entscheides eine Abschwächung des Entwurfes angestrebt hatte und es ihr gelungen war, durch diplomatische Ränke die Verabschiedung des Abkommens um ein Jahr hinauszuschieben. Die UNO-Resolution garantiert insbesondere das Recht der Ureinwohner auf Selbstbestimmung und Verfügungsgewalt über ihr Land und die dort vorhandenen Bodenschätze. Und für jene Gebiete oder Ressourcen, die man ihnen in der Vergangenheit entzogen hat, können sie Ersatz oder Entschädigung verlangen. Die neue Resolution ist für die unterzeichnenden Staaten rechtlich nicht bindend, wie alle Resolutionen und Empfehlungen der UNO-Vollversammlung. Verpflichtend wird sie erst, wenn sie in die nationale Gesetzgebung aufgenommen oder in rechtsverbindlichen internationalen Abkommen übernommen wird.



Foto: Jay Black

Obdachloser Indianer in Vancouver, kurz nachdem er von der Polizei eine Busse wegen Versperrens des Trottoirs erhalten hatte.

Kanada – in UNO-Gremien unter Druck

Auch nach dem Beschluss der UNO-Vollversammlung änderte Kanada seine Politik gegenüber den Indianern nicht. In verschiedenen UNO-Gremien ertete das nordamerikanische Land in den vergangenen Monaten denn auch Kritik, beispielsweise bei der Präsentation seines Menschenrechtsberichtes und vor dem UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung. Dies nicht nur durch Nichtregierungsorganisationen (NGO), sondern auch durch die staatlichen Delegationen. Die Schweiz beispielswei-

Kanada sieht sich gerne als Champion der Menschenrechte.

se kritisierte Kanada wegen der langen Dauer der Auseinandersetzungen um die Landrechte und den aufgezwungenen Vorbedingungen für Landklagen. NGO beklagten vor allem, dass es Kanada unterlassen hatte, vor dem Abschluss seines Menschenrechts-Berichtes die Vertreter indigener Gemeinschaften überhaupt zu konsultieren. In seinem Schattenbericht vor dem UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung hält das Indigenous Network on Economies and Trade (INET) fest, dass Kanada seine indigene Bevölkerung rassistisch diskriminiere, in dem es «systematisch» deren Landrechte nicht akzeptiere.

Kanada akzeptiert viele Empfehlungen nicht

Kanada ging auf die internationale Kritik nur teilweise ein. 28 von 68 Empfehlungen des Menschenrechtsausschusses wollte die kanadische Vertretung nicht akzeptieren. Fast die Hälfte der zurückgewiesenen Punkte, so monierte beispielsweise die Native Woman's Association of Canada, würden direkt die indigenen Gemeinschaften betreffen. Und auch dort, wo Kanada die Empfehlungen anerkenne, begnüge sich das Land mit bestehenden Programmen und verstärke sein Engagement nicht. Auch nicht bei der Gewalt gegen Indianerfrauen. Fakt ist: Indigene Frauen werden in Kanada überdurchschnittlich oft Opfer von Gewalt. Verschwinden und Tod vieler Opfer bleiben ungeklärt. Das Schicksal dieser Frauen ist auch eine Folge der schlechten sozialen Lage der indigenen Bevölkerung. Viele von ihnen wohnen in verarmten Stadtgebieten, manche sind auch obdachlos. Insgesamt lebt über fünfzig Prozent der indigenen Bevölkerung in den Städten, vor allem auch in Vancouver.

Tiefer Standard bei den Menschenrechten

Ein Bündnis indigener Organisationen aus mehreren Kontinenten zog im August 2009 eine ernüchternde Bilanz: Im Verhältnis mit den indigenen Völkern habe Kanada wiederholt sowohl nationale wie internationale Gesetze missachtet. «In den vergangenen drei Jahren hält Kanada den tiefsten Standard aller Ratsmitglieder der Westeuropäischen Staatengruppe ein.»

Hans Stutz

Das Delgamuukw-Urteil 1997

Anders als in den übrigen Bundesländern wurden in Britisch-Kolumbien zwischen den Indianern und den eindringenden Siedlern nur wenige Verträge über Landbesitz geschlossen. Die Kolonisatoren beanspruchten das Land trotzdem für sich.

Erst 1979 bestätigte Kanada in seiner Verfassung die angestammten Rechte der Indianer-Gemeinschaften. 1984 beanspruchten daraufhin über 50 Vorsteher zweier indianischer Gemeinschaften ein Gebiet von rund 58 000 Quadratkilometer Land im Nordwesten von Britisch-Kolumbien, dazu das Recht ihre ursprünglichen Gebiete (house territories) zu verwalten und Kompensation für den Verlust von Land und Ressourcen. Der Fall erhält seinen Namen vom Häuptling Delgamuukw, der als Hauptkläger auftritt.

Das Urteil fällt dreizehn Jahre später: Der Oberste Gerichtshof von Kanada anerkennt im Dezember 1997, dass schon vor Ankunft der Europäer das Land unter den indigenen Gruppen rechtsgültig verteilt und abgegrenzt war. Im Klartext: Kanadas Indianer besitzen Rechte und Ansprüche (an Land), sofern sie diese nicht später vertraglich abgetreten haben.

Die indigenen Gemeinschaften gehen davon aus, dass über die Nutzung und Ausbeutung von Bodenschätzen auf indianischem Land nur noch im Konsens zwischen Bundes- bzw. Provinzregierung und den Indianer-Gemeinschaften entschieden werden kann. Sowohl Bundes- wie auch Provinzregierung bestreiten den allgemeinverbindlichen Charakter des Entscheides. Sie wollen indianische Ansprüche nur in jenen Gebieten anerkennen, wo diese durch einen Gerichtsentscheid zuerkannt worden sind. Das staatlich aufgezwungene Verfahren ist für die indigenen Gemeinschaften unvorteilhaft: Sie müssen zuerst die Landrechte abtreten, daraufhin können sie vom Staat Geld aufnehmen, um die hohen Prozesskosten zu bezahlen. Mit der ausgehandelten Entschädigungszahlung kann der staatliche Kredit zurückgezahlt werden.

6

➤ Sun Peaks: Auseinandersetzung mit ungleichen Chancen



1. Der schnelle Aufbau des Wintersport-Resorts Sun Peaks geschah auf Kosten der bisherigen Bewohner der Region, insbesondere der Indigenen.
2. Die Angehörigen des Neskonlith-Stammes beanspruchen die Landrechte der Region. Sie berufen sich auf einen Vertrag von 1862, den der erste Provinzgouverneur von Britisch-Kolumbien mit ihren Vorfahren abgeschlossen hat.
3. «Boycott Sun Peaks», steht auf den Flugblättern. Die Forderung blieb ohne Folgen: Die Tou-

rismanager erwarten im kommenden Winter rund 400 000 Besucher.
4. Nicole Manuel, Aktivistin des Neskonlith-Stammes, sass 45 Tage in Haft, nachdem sie mit anderen im Jahr 2000 die einzige asphaltierte Strasse nach Sun Peaks blockierte hatte. Sie wollte vor Gericht belegen, dass sie den Gesetzen ihres Volkes entsprechend gehandelt habe.
5. Die Demonstranten betonen: Kanadas Indigene wurden lange mit schönen Worten hingehalten.

6. Ein Zusammentreffen, dass die Verantwortlichen der Skinationalmannschaft nicht dokumentiert haben wollten: Protestierende Indianer begegnen österreichischen Skifahrern.
7. Die Österreichische Skinationalmannschaft trainiert regelmässig in Sun Peaks. Auch weil der Präsident des Österreichischen Skiverbandes mit einem Unternehmen an der Vermarktung von Sun Peaks beteiligt ist.
Fotos: Marion Bacher

➤ Sun Peaks: Idylle mit Schattenseiten

Weite Landschaft, unberührte Natur – damit wirbt Kanadas Tourismus. Auch für Sun Peaks, das zweitgrösste Wintersport-Resort. Indigenenorganisationen bekämpften bereits den Bau, nun opponieren sie gegen den Ausbau. Der Ankurbelung des Tourismus dienen auch die kommenden Olympischen Spiele.

Grossen Ereignissen geht Unruhe voraus, manchmal auch Widerstand. Auch den Olympischen Winterspielen 2010 in Vancouver-Whistler im kanadischen Bundesstaat Britisch-Kolumbien. «Keine Olympiade auf dem gestohlenen Land der Ureinwohner», forderten Gegner des Grossanlasses bereits zu einer Zeit, als die Spiele noch nicht vergeben waren. Sie erinnerten an die Landnahme durch die europäischen Einwanderer. Sie legten dar, dass die Indianer ihr Land offiziell nie an die Eindringlinge abgetreten hätten und folglich immer noch Landrechte besässen. Andere Organisationen schrieben 2002 – unmittelbar vor der Vergabe der Spiele – an die Mitglieder der Internationalen Olympischen Komitees (IOC): Kanada brüste sich damit, weltweit eines der Länder mit dem höchsten Lebensstandard zu sein. Gemessen mit den gleichen Kriterien erreichten die kanadischen Indianer jedoch nur Platz 47. Das Gleiche gelte für Vancouver: die Stadt sehe sich als Stadt mit dem weltweit besten Lebensstandard. «Doch unsere Leute sind die Ärmsten der Stadt, viele von ihnen leben (...) unter beklagenswerten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen». Die IOC-Delegierten liessen sich nicht überzeugen, Vancouver-Whistler erhielt den Zuschlag für die Winterspiele 2010.

Alpendorf auf Indianerland

Ein paar Autostunden von Vancouver, in der grössten kanadischen Winterstation Vancouver-Whistler, finden alle Skiwettbewerbe statt. Ein Wüstenstreifen und eine Bergkette davon entfernt liegt Sun Peaks, Kanadas zweitgrösste Wintersportort, ein innert einer Generation aus dem Boden gestampfter Kunstbau, eine Art Alpendorf mit Chaletbauten, Restaurants und Wellnessparks. Vorbild war das

österreichische Kitzbühl. In Vancouver-Whistler trainiert seit Jahren die österreichische Nationalmannschaft. Die Tourismus-Verantwortlichen wollen auch europäische Wintersportler anziehen und werben mit unverbaute Natur und intakter Landschaft.

Schneisen durch Tal und Wald

Sun Peaks ist ein Musterbeispiel für den Umgang des modernen Kanadas mit den Indianern. Sun Peaks hat Tausende von Hotelbetten, exklusive Chalets und teure noch unbebaute Landparzellen. Vor sechzig Jahren lebten hier nur wenige Menschen, dazu kamen einige Ferienhausbesitzer, für die Wintersportler genügte ein Lift. Heute zerschneiden breite Pistenbahnen die Bergwälder, und breite Strassen durchziehen das Tal. Kunstschneeanlagen stören die Ruhe und vergeuden Wasser. Anfang der 1990er-Jahre vergab die Provinzregierung von Britisch-Kolumbien das Gelände Sun Peaks an einen japanischen Investor. Der Investor liess die Skianlagen, Mountainbike-Strecken und einen Golfplatz bauen. Als Gegenleistung erhielt er zu günstigen Preisen am Fusse der Skipisten Grundbesitz, den er Interessierten parzellenweise verkaufen kann. Die Sache hat einen Haken: Das Land gehört den Nachfahren der india-

nischen Urbevölkerung. Selbst nach den Regeln des kanadischen Staates. Das Oberste Gericht hat nämlich im Jahre 1997 einen Grundsatzentscheid gefällt (siehe Kasten «Delgamuukw-Entscheid», Seite 5), wonach die angestammten Rechte der Indigenen Kanadas weiterbestanden, solange sie nicht durch andere Abkommen ersetzt wurden. Im Bundesstaat Britisch-Kolumbien existieren im Allgemeinen nur wenige solcher Verträge, im Gebiet Sun Peaks jedoch gibt es sogar einen Vertrag von 1862, der die Rechte einer indigenen Gemeinschaft ausdrücklich festhält.

Expansion bereits geplant

Dies kümmerte die Provinzregierung nichts. Dem Widerstand indigener Organisationen begegnete sie mit Polizeirepression, bei Demonstrationen wurden über 50 Personen verhaftet, einige sogar mehrmals. In der Zwischenzeit sind die geplanten Anlagen weitgehend gebaut. Im Winter 2010 erwarten die örtlichen Tourismusmanager eine besonders erfolgreiche Saison, auch wegen den Olympischen Spielen. Und der Investor will bereits weiter ausbauen. Die Forderung der indigenen Bevölkerung: Mindestens der Ausbau soll gestoppt werden, bis die Frage der Landrechte endlich geklärt ist.

Hans Stutz



Hans Stutz: Neuer Mitarbeiter bei der GfbV

Hans Stutz ist seit dem 1. August 2009 neuer Mitarbeiter im Bereich Kommunikation. Er arbeitete viele Jahre lang als freier Journalist und hat sich in den letzten Jahren schwerpunktmässig mit Rassismus und Rechtsextremismus in der Schweiz beschäftigt. Von 2000 bis 2007 betreute er als (Teilzeit-)Chefredaktor das Medienmagazin «Klartext». Hans Stutz lebt in Luzern und sitzt dort im Stadtparlament, als Parteilooser in der Fraktion der Grünen und der Jungen Grünen.

➤ Interview mit Arthur Manuel

Arthur Manuel erklärt die sozialen Auswirkungen der Olympischen Winterspiele in Vancouver und warum kanadische Indigene gerne in die Olympiastadt ziehen. Er berichtet über den aussichtslosen Kampf gegen ein riesiges Winterresort und kritisiert die Unbeweglichkeit kanadischer Regierungen.

Arthur Manuel, vor der Vergabe der Olympischen Winterspiele nach Vancouver kämpften mehrere Organisationen, indigene und andere, gegen die Kandidatur. Wird es auch während der Olympiade Aktivitäten gegen die Spiele geben?

Ich denke, es wird einiges geschehen. Die Stossrichtung ist allerdings anders als bei der Vergabe der Spiele vor sechs Jahren. Damals forderten wir «Keine Spiele auf gestohlenem Land der indigenen Bevölkerung». Zurzeit stehen soziale Fragen im Vordergrund, beispielsweise die gestiegene Zahl der Obdachlosen. In den vergangenen Jahren wurden in Vancouver viele alte Häuser mit günstigen Wohnungen abgerissen, auch in Hinblick auf die Olympischen Spiele. Die neu gebauten Häuser und Wohnungen können sich nur Reiche und Begüterte leisten. Viele Indigene in Kanada müssen aber auf der untersten Stufe der sozialen Leiter leben.

Man muss auch sehen: Die Temperaturen hier in Vancouver sind meist mild, zumindest für kanadische Verhältnisse. Für Obdachlose gehört Vancouver daher zu den besten Orten in Kanada. Obdachlose Indigene aus fast allen Nations leben deshalb in unserer Gegend – um hier zu überleben, so gut es eben geht (Anm. der Redaktion: Kanadas Indianer werden insgesamt als First Nations bezeichnet und Nation bezeichnet jeweils eines der mehreren Völker). Viele ziehen aber auch in die Stadt, weil sie in den Reservaten weder Unterkunft noch Arbeit finden. Wenn sie in einem Reservat leben, ist es ist ih-

Im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen stehen heute für uns soziale Fragen im Vordergrund.

nen ja auch nur erlaubt, auf ihrem ursprünglichen Stammesgebiet zu leben. Das Schicksal dieser Leute ist eine Folge des staatlichen Versagens im Umgang mit seiner indigenen Bevölkerung, trotz den verfassungsmässig garantierten Rechten. Sozialschwache werden auch andernorts marginalisiert, Indigene sind aber die am meisten marginalisierten Menschen in

der kanadischen Gesellschaft. Und sie sind in Vancouver durch die Olympischen Spiele weiter an den Rand gedrängt worden. Immobilienbesitzer hingegen haben von der Entwicklung profitiert.

Wird das Recht auf freie Meinungsäusserung für die Gegner der Spiele während der Olympiade gewährleistet sein?

Die Situation ist bereits jetzt Ende Oktober ziemlich angespannt. Dazu ein kleine Geschichte: Vor ein paar Tagen war ich in Vancouver mit ein paar indigenen Freunden unterwegs. Wir besuchten ein Einkaufszentrum. Einer von uns trug ein T-Shirt «No Olympics on Stolen Native Land» (Keine Olympiade auf gestohlenem Land der indigenen Bevölkerung). Als er zur Toilette ging, stellte er fest, dass er von einem Sicherheitsmann beschattet wurde. Als wir uns kurze Zeit später vor dem Zentrum wieder trafen, standen bereits Polizisten auf dem Parkplatz und sprachen ihn darauf an, ob es Probleme im Shoppingcenter geben werde.

Gab es irgendeinen konkreten Anlass für eine solche Intervention?

Den Grund erfuhren wir erst später: Im Einkaufszentrum führte eine TV-Station eine Promotionsveranstaltung im Hinblick auf die Olympischen Spiele durch. Sie verdächtigten meinen Kollegen, dass er Material gegen die Olympiade verteilen wolle. Das heisst aber nicht anderes, als dass jeder, der ein Olympiade-kritisches T-Shirt trägt, als verdächtig angesehen und überwacht wird.

Und welche Entwicklung sehen Sie bis zur Eröffnung der Spiele Mitte Februar?

Ich denke, dass die Atmosphäre angespannter wird, je näher die Olympischen Spiele kommen. Sie werden auch versuchen, die Leute einzuschüchtern.

Die Olympischen Spiele sollen auch vermehrt Wintertouristen nach Britisch-Kolumbien locken. In den vergangenen Jahren entstanden mehrere grosse Wintersport-Resorts. Sie entstanden in unberührten Gegenden, eines der grössten ist Sun Peaks. Es entsteht auf Land, das der indigenen Ge-



Arthur Manuel: Ein Kämpfer für die Rechte der Indigenen Kanadas

meinschaft gehört, der Sie auch angehören (siehe S. 6-7). Wir kämpfen zwar noch immer gegen Sun Peaks, aber wir können das Projekt nicht mehr stoppen.

Vor wenigen Monaten noch forderten Sie, dass es in Sun Peaks keine Expansion ohne vorherige und freiwillige Einwilligung geben dürfe.

Die Expansion von Sun Peaks ist auf Jahrzehnte angelegt, bis in rund 25 Jahren soll die Bettenzahl mehr als verdoppelt werden. Bereits heute sind es über 10000 Betten. Die Provinzregierung hat sich aber bereits entschieden, dass sie gleich vorgehen wird, wie sie es in vergangenen Jahren getan hat. Sie werden weiter Strassen in die Wälder bauen, auch mit der Hilfe von Polizei und Justiz. Der Landdiebstahl wird also einfach weitergehen. Für uns gibt es nichts mehr zu verhandeln, weder mit der Provinzregierung von British-Kolumbien noch mit der Bundesregierung.

Kanada lehnte 2007 die UNO-Resolution über die Rechte Indigener Völker ab und weigert sich noch immer, sie zu unterzeichnen. Warum eigentlich?

Kanada hat die Resolution abgelehnt, weil seine Wirtschaft einst auf dem kolonialistischen Prinzip beruhte, wonach die Einwanderer das Territorium eroberten und dabei auch die Eigentumsrechte an allem Land erwarben. Zwar anerkennt die kanadische Verfassung seit Ende der 1970er-Jahre nun die einstigen Eigentumsrechte der indigenen Bevölkerung. Auch haben wir alle in der Zwischenzeit angestrebten Prozesse in diesem Zusammenhang gewonnen. Doch wirklich akzeptiert ist diese Entwicklung noch immer nicht.

Welche Bedeutung hat die UNO-Resolution über die Rechte Indigener Völker für die Indianer Kanadas?

Die UNO-Resolution ist das erste internationale Übereinkommen, welches die kolonialistische Doktrin von Entdeckung und Eroberung verwirft. Ebenso stützt sie die Tatsache, dass die Landrechte der Ureinwohner auch Menschenrechte sind. Der kanadische Staat ist also in seinen Grundannahmen durchgeschüttelt worden: Die Regierung verlor bei der Anerkennung

Arthur Manuel

Arthur Manuel gehört dem Neskonlith-Stamm der Secwep-mec Nation (Shuswap Nation) an, die in Kamloops, British-Kolumbien, in der Nähe von Vancouver leben. Er war unter anderem Häuptling seines Stammes und hat durch sein langjähriges politisches Engagement sehr gute Kenntnisse der lokalen indigenen Politik. Er engagierte sich viele Jahre lang gegen die Missachtung indigener Rechte durch die Bundes- und Provinzregierungen und gehörte zu jenen Stammesvertretern, die in einer 15-jährigen Auseinandersetzung die gerichtliche Anerkennung der Landrechte (siehe Kasten Delgamuukw-Entscheidung) erreichten. Bereits sein Vater, George Manuel, war politisch sehr aktiv. Dieser war unter anderem Gründungsmitglied der «Union of BC Indian Chiefs» und des «World Council of Indigenous Peoples».

Heute ist Arthur Manuel Sprecher des «Indigenous Network on Economics and Trade» (INET), einem Netzwerk indigener Organisationen, die sich auf internationaler Ebene für die Anerkennung der angestammten Rechte von Indigenen einsetzen. Er engagiert sich als NGO-Vertreter bei der UNO und der Welthandelsorganisation (WTO) in den Bereichen Menschenrechte, Biodiversität und fairer Welthandel.



Foto: Marion Bacher

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

unserer Rechte in der Verfassung, sie verlor daraufhin vor Gericht und nun verlor sie auch auf internationaler Ebene. Aber sie wollen unsere Rechte trotzdem noch immer nicht wirklich anerkennen. Kanada ist das rückständigste Land der Welt und verletzt dazu auch noch die Menschenrechte.

In den vergangenen Monaten ertete die Regierung in verschiedenen UNO-Gremien viel Kritik wegen der Behandlung seiner indigenen Völker. Hat diese Kritik einen Einfluss auf die kanadische Politik?

Die konservative Landesregierung unter Premierminister Stephen Harper ist in dem Sinne rassistisch, als sie die bestehen-



Foto: Jay Black

den Rechte der Indigenen nicht anerkennen will. Wie sie auch durch die Verfassung garantiert sind. Gerade vor kurzem hat die Regierung sogar behauptet, dass es in Kanada keine Kolonialisierung indigener Völker gegeben habe. Das ist nur noch lächerlich.

Wird die Frage der indigenen Landrechte in naher Zukunft gelöst werden?

Alle bisherigen Regierungen haben bereits gross versprochen, dass sie die Auseinandersetzungen um unsere Landrechte regeln wollten. Auch ich bin davon überzeugt, dass wir die Probleme lösen könnten. Aber mit der heutigen konservativen Regierung werden wir eine Lösung nicht hinkriegen.

Interview: Hans Stutz

➤ Minderheiten und



Kurzinfos

Abstimmung vom 29. November: Ja zur Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten

Zwei Sachen sind gewiss. Erstens: Waffen erhöhen die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Auseinandersetzungen. Zweitens: Angehörige von Minderheiten gehören auch in kriegerischen Konflikten zu den am meisten gefährdeten Teilen der Zivilbevölkerung: Sei es, weil sie zu den sozial Schwachen zählen, sei es, weil die Regierungen sie als Sündenböcke verantwortlich für den Konflikt machen. Oder sie gar offen zum Gegner erklären. Das sind zwei weitere Gründe,



die GSoA-Initiative für ein Waffenausfuhrverbot am 29. November anzunehmen. Ganz speziell auch, weil Schweizer Waffenproduzenten Waffen herstellen, die – wie die Mowag-Schützenpanzer und die Pilatus-Flugzeuge – bereits in vielen Fällen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Die tschadische Armee beispielsweise warf im Grenzgebiet zum Sudan mit Pilatus-Flugzeugen Splitterbomben ab.

Die GfbV ist Teil des Bündnisses gegen Kriegsmaterial-Exporte. Weitere Infos: www.kriegsmaterial.ch

indigene Völker in aller Welt



1. Akkha, Burma (Foto: Aude Fluckiger)
2. Kalash, Pakistan (Foto: Fritz Berger)
3. Guaraní, Paraguay (Foto: Fritz Berger)
4. Thami, Nepal (Foto: Fritz Berger)

Schweiz soll Reform des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs vorantreiben

Am 18. November 2009 wird die Schweiz für ein halbes Jahr den Vorsitz des Europarats übernehmen. Bundesrätin Calmy-Rey hat bereits im Vorfeld angekündigt, dass während der Schweizer Präsidentschaft der Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit im Zentrum stehen sollen. Im Februar 2010 will sie in diesem Zusammenhang in Interlaken eine Ministerkonferenz zur Reform des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) veranstalten. Dieser ist völlig überlastet und Russland ist der Hauptgrund dieses Problems. Gegen kein anderes Land wird häufiger wegen Verletzung der Menschenrechte geklagt und kein anderes Europaratsmitglied wird häufiger verurteilt. Viele Klagen stammen von EinwohnerInnen nordkaukasischer Teilrepubliken wie Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan. Russland weigert sich zudem oftmals, die ergangenen Urteile umzusetzen. Die GfbV hat die Schweiz aufgefordert, während ihrer Präsidentschaft auf Russland einzuwirken, damit dieses die Arbeit des EGMR nicht länger blockiert.

Quelle: www.gfbv.ch

FBI-Agenten zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Einen Antrag zur vorzeitigen Entlassung auf Bewährung wurde von der Haftprüfungskommission am 21. August 2009 abgelehnt. Zahlreiche



Foto: Archiv GfbV Deutschland

Organisationen und Prominente hoffen nun auf eine Rehabilitierung Peltiers durch Barack Obama. Peltier gilt als die Symbolfigur der indianischen Bürgerrechtsbewegung. Er hat sich auch während der Zeit im Gefängnis humanitär für die indianische Gemeinschaft engagiert.

Quelle: www.gfbv.de

gesamt haben seit Beginn dieses Jahres die gewalttätigen Konflikte massiv zugenommen, was eine Gefahr für den Friedensprozess bedeutet. Die autonome Regierung hat den Wiederaufbau des Landes vernachlässigt und verfügt deshalb nicht über die nötigen Kapazitäten, um die Bevölkerung ausreichend zu schützen. Die internationale Staatengemeinschaft ist nun gefordert, für mehr Sicherheit und die Umsetzung des Friedensabkommens einzutreten. Das Friedensabkommen würde der Bevölkerung des Südsudans ermöglichen, im Jahr 2011 über die Unabhängigkeit ihres Landesteils abzustimmen.

Quelle: www.gfbv.de

Bosnien-Herzegowina: Keine Gerechtigkeit für Vergewaltigungsoffer

Während des Bosnienkriegs zwischen 1992 und 1995 wurden tausende von Frauen sexuell missbraucht. Bis heute sind sie in keiner Weise dafür entschädigt worden. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht schreibt Amnesty International, dass die Regierung Bosnien-Herzegowinas die Verurteilung dieser Verbrechen vernachlässigt und deshalb gegen die Menschenrechte verstösse. Auch 14 Jahre nach dem Krieg ist es den meisten Opfern nicht möglich, uneingeschränkter Zugang zu medizinischer und psychologischer Betreuung zu erhalten, um damit wieder ein normales Leben führen zu können.

Quelle: Amnesty International-Bericht: «Whose Justice? The women of Bosnia and Herzegovina are still waiting», www.amnesty.org

USA: Indianischer Bürgerrechtler seit 33 Jahren unschuldig in Haft

Aufgrund einer falschen Zeugenaussage wurde der indianische Bürgerrechtler Leonard Peltier 1977 unschuldig wegen angeblicher Beihilfe zum Mord an zwei

Südsudan: Gewalttätige Konflikte gefährden den Friedensprozess

Mitte September forderte eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Volksgruppen im Südsudan über 100 Opfer aus der Zivilbevölkerung. Ins-

Foto: Shoma Chatterjee



Russland/Tschetschenien: Fünf Jahre nach der Gründung des Tschetschenischen Zivilgesellschaftsforums in Bern, dem über 25 tschetschenischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen angehören, ist im Oktober auf Einladung der GfbV eine 8köpfige Delegation in die Schweiz gereist. Die GfbV organisierte Informationstreffen mit Journalisten, Organisationen sowie verschiedenen UNO-Stellen – so z.B. mit der UNO-Arbeitsgruppe über Verschwindenlassen und dem Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger. Die Delegation konnte dort auf die nach wie vor prekäre Menschenrechtslage in Tschetschenien aufmerksam machen.

Foto: Nadia Imgrüt



Kosovo: Mit einer internationalen Kampagne gelang es der GfbV, auf das Schicksal von rund 150 Roma-Familien aufmerksam zu machen, die seit 1999 als Flüchtlinge auf dem verseuchten Gelände einer ehemaligen Bleimine leben. Die kosovarische Regierung gab daraufhin im Mai bekannt, dass die Lager innerhalb eines Jahres geschlossen werden sollen. Im September reiste erneut eine Delegation der GfbV vor Ort. Pläne zur Umsiedlung sind zwar vorhanden, doch die Roma waren bei den Verhandlungen über ihre Zukunft bislang ausgeschlossen. Die GfbV setzt nun einen kosovarischen Rom als Mediator ein, der die Betroffenen laufend über die Entwicklungen informiert und ihnen bei den Behörden Gehör verschaffen soll.

Foto: Christoph Wiedmer



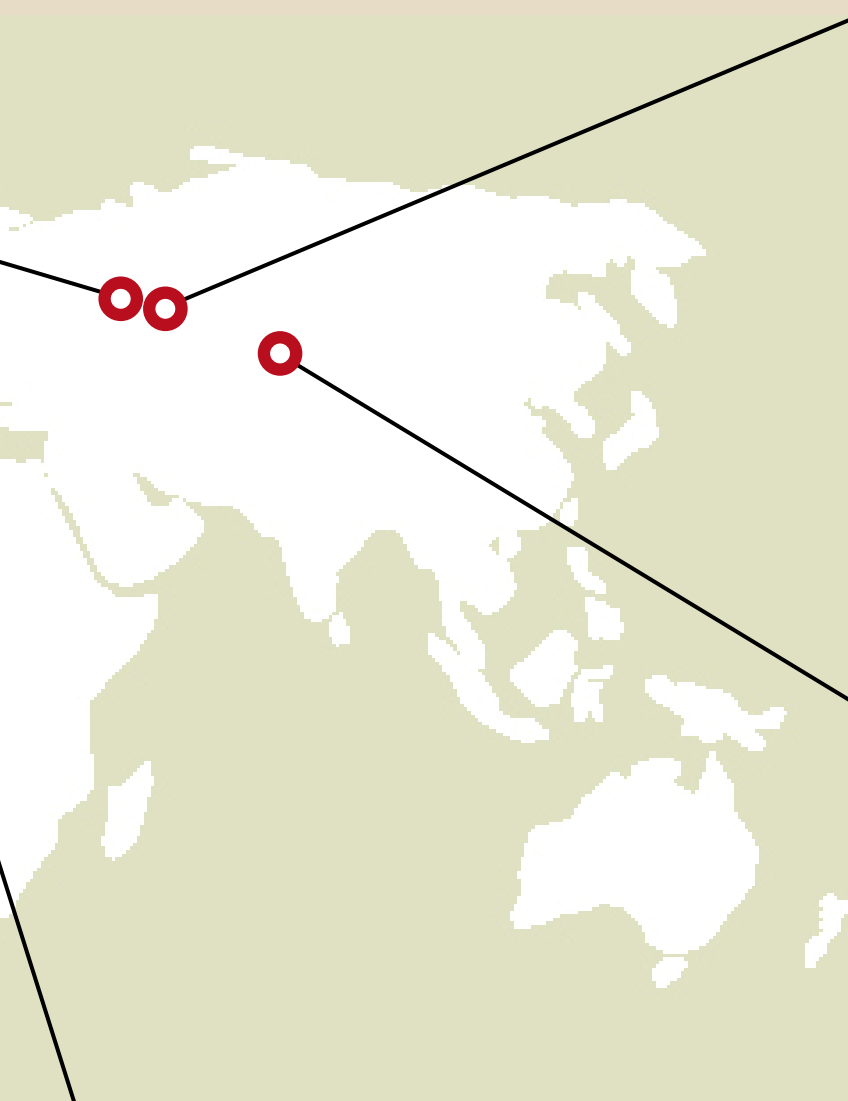


Foto: Daniel Winkler/Ex-Press

Russland/Tschetschenien: Anlässlich des Staatsbesuchs des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew vom 21. und 22. September in der Schweiz protestierte die GfbV gegen die verbreitete Straflosigkeit in Tschetschenien sowie die zahlreichen Entführungen und Ermordungen von MenschenrechtsaktivistInnen in Tschetschenien. Besonders bestürzt ist die GfbV über die Ermordung Sarema Sadulajewas, die Mitglied des von der GfbV initiierten Tschetschenischen Zivilgesellschaftsforums war.



Foto: Franziska Stockler

China: «Kein Grund zum Feiern» erklärte die GfbV anlässlich der 60 Jahre-Festlichkeiten am 1. Oktober zur Gründung der Volksrepublik China. Denn die Menschenrechte der Minderheiten wie etwa der Uiguren, Tibeter und Mongolen werden nach wie vor in vielfältiger Weise verletzt. China ist noch immer nicht bereit, einen glaubwürdigen Dialog mit seinen Minderheiten zu führen. Kritik an der chinesischen Regierung ist nicht erwünscht. Dies erlebt auch die uigurische Menschenrechtlerin Rebiya Kadeer, die kürzlich auf Einladung der GfbV an der Frankfurter Buchmesse auftrat, immer wieder.

Kongobecken: An einem wichtigen Treffen von Holzfirmen, Behörden und Nichtregierungsorganisationen in Kamerun im September gelang es der GfbV gemeinsam mit lokalen Indigenenorganisationen, einen Vorschlag einzubringen, der einen hohen Standard für die sozialverträgliche und menschenrechtskonforme Nutzung des Waldes durch multinationale Firmen vorsieht. Diese sollen künftig keine Holznutzung ohne Einwilligung der ansässigen Pygmäen oder Bantu mehr durchführen können.



► Service

«Kalender Lebenszeichen 2010»

«Literatur von indigenen Völkern und Minderheiten» lautet das Thema des Kalenders 2010 der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Bei indigenen Völkern, wo traditionellerweise Geschichten von Generation zu Generation mündlich weitergegeben wurden, nimmt die Literatur eine zunehmend wichtigere Rolle ein. Mehr und mehr indigene AutorInnen werden international verlegt. Auf den Kalenderrückseiten finden Sie Originalpassagen aus Prosawerken und Gedichtbänden verschiedener indigener AutorInnen.



Kalenderdaten: 13 Farbbilder, Format DIN A3, rückseitig Texte und zahlreiche farbige Fotos; Preis: CHF 35.- Bestellung: info@gfbv.ch oder telefonisch: 031 311 90 08. Der Reinerlös des Kalenders kommt der GfbV zu.

Mexiko: «Graciela Iturbide - Das innere Auge»

Graciela Iturbide (*1942) ist die bekannteste zeitgenössische Fotografin Mexikos. Ihr Werk ist mehrfach ausgezeichnet worden. In ihrer 40-jährigen fotografischen Tätigkeit reist sie immer wieder nach Juchitán, im südlichen Staat Oaxaca, Heimat der Zapoteken. Sie lebt inmitten der Gemeinschaft, begleitet die einheimischen Frauen und erhält dadurch Einblick in Traditionen und Riten, die sie in unvergesslichen Bildern interpretiert. In den Porträts und Landschaften von Juchitán de las Mujeres gelingt es Iturbide, die vielschichtige Welt

der Indigenen aufscheinen zu lassen. Ein weiteres Projekt, das Iturbide zwi-



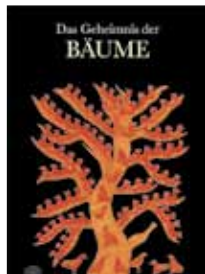
Foto: © Graciela Iturbide, 2009

schen dem Dokumentarischen und dem Poetischen positioniert, ist ihre Arbeit in der Sonora-Wüste. Dort beschäftigt sie sich mit den Seri-Indianern.

Daten: 28.11.2009 bis 07.02.2010 im Fotomuseum Winterthur, www.fotomuseum.ch

Indien: «Das Geheimnis der Bäume»

Die Bäume arbeiten tagsüber für den Menschen, nachts erwecken sie die guten Geister zum Leben: für das in Indien lebende indigene Volk der Gond steht der Baum im Zentrum des Lebens. Den drei KünstlerInnen dieses Buches vermitteln mit diesem Buch auch Kunst und Lebensweise der Gond. Das Buch wurde in einer kleinen Druckerei und unter fairen Arbeitsbedingungen in Indien hergestellt, dank Siebdruckverfahren per Hand ist jedes Buch ein Original.



Bhajju Shyam, Durga Bai und Ram Singh Urveti: Das Geheimnis der Bäume. Reihe Baobab bei NordSüd, Neuauflage Oktober 2009.

Ecuador: «Trans-Cutucú: Zurück in den Urwald»

In Cutucú im Amazonas von Ecuador soll eine neue Strasse den Holztransport der indigenen Bevölke-

rung erleichtern. Tatsächlich haben die Einheimischen gegenüber der Grossindustrie keine Chance. Die Schweizer Filmmacherin Lisa Faessler dokumentiert die unwürdigen Arbeitsbedingungen und stellt den aktuellen Aufnahmen Material aus den 1980er Jahren gegenüber, die belegen, wie den Indigenen zunehmend die Lebensgrundlage entzogen wird.

Trans-Cutucú: Zurück in den Urwald, Lisa Faessler, Schweiz, 2009. Filmstart: Januar 2010

Afghanistan: «Ich erhebe meine Stimme»

Die 30-jährige afghanische Parlamentarierin Malalai Joya kämpft für die Rechte der Frauen in Afghanistan. In ihrer Autobiographie prangert sie mutig die schweren Menschenrechtsverletzungen von Taliban und Kriegsherren an.



Wie gefährlich Kritik in Afghanistan ist, zeigt, dass Joya bereits vier Mordversuche überlebt hat.

Malalai Joya: Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan. Piper-Verlag, 2009

Bosnien: «Sturm»

Hanna Maynard, Anklägerin am Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, gelingt es, die Bosnierin Mira zu überzeugen, als Zeugin im Prozess gegen einen mutmasslichen Kriegsverbrecher auszusagen. Rasch befindet sich Hanna im Spannungsfeld zwischen Wahrheitssuche, den Drohungen bosnisch-serbischer Nationalisten und den Interessen internationaler Politik. Regisseur Hans-Christian Schmid erhielt für den Spielfilm «Sturm» unter anderem den deutschen Friedenspreis des Films.

Filmstart: voraussichtlich Anfang 2010.

> Service

Interview mit Yangzom Brauen

Die in Los Angeles lebende Berner Schauspielerin («Cargo», «Aeon Flux»), Tibetaktivistin und Autorin Yangzom Brauen erzählt im Roman «Eisenvogel» die Geschichte ihrer Grossmutter und Mutter. Beide flohen aus Tibet nach Indien und dann in die Schweiz. Anhand ihrer Familiengeschichte thematisiert Brauen auch die Besetzung Tibets.

Yangzom Brauen, wie ist die Idee zu diesem Buch entstanden?

In meiner Familie haben wir immer wieder darüber gesprochen, das Leben meiner Grossmutter aufzuzeichnen. Wenn wir mit meiner Grossmutter und Mutter über ihr Leben in Tibet sprachen, bemerkten wir jeweils, wie wenig wir darüber wissen. Vor allem



Schauspielerin Yangzom Brauen (Mitte) mit ihrer Mutter und Grossmutter.

meine Grossmutter trägt noch das alte Tibet in sich. Und es war mir ein Anliegen, diese alte Geschichte zu bewahren. Der konkrete Anlass, dieses Buch zu schreiben, war dann der Volksaufstand der Tibeter im letzten Jahr. Die Tibeter gingen auf die Strasse, auch wenn sie riskieren mussten, deswegen

ins Gefängnis zu kommen. Für mich war klar, dass wir hier im Westen nicht aufhören dürfen, uns für Tibet einzusetzen. Mit «Eisenvogel» möchte ich Menschen für die Situation in Tibet sensibilisieren, auch solche, die noch nicht viel darüber wissen.

Sie sind seit längerem für Tibet aktiv, waren unter anderem Präsidentin des Vereins Tibeter Jugend in Europa (VTJE). Wie kam es dazu?

Wie bei den meisten Tibetern wurde ich schon als Kind zu Tibet-Demonstrationen mitgenommen. Als Tibeterin ist Politik automatisch ein Teil des eigenen Lebens. Es gab aber auch eine Phase als Teenager, da interessierte mich Tibet nicht sonderlich. Ich wollte auch nicht Tibetisch reden. Erst später wurde mir bewusst, dass Tibet ein wichtiger Teil von mir ist. Nach der Schauspielschule wollte ich mich dann konkret engagieren.

2001 wurden Sie in Moskau wegen einer Aktion bei der Vergabe der Olympischen Spiele an China verhaftet. Die Bilder wurden weltweit in den Medien ausgestrahlt.

Dieses Medienecho hätten wir niemals erwartet. Es war eine simple Aktion mit einem Plakat. Wir waren zu viert, drei Tibeter und ein Schweizer. Auf dem Plakat waren fünf Einschusslöcher in einer Wand in Form der Olympischen Ringe zu sehen. Darunter stand: „The Games of Beijing with Tibet“. Wir hatten die internationale Presse eingeladen. Kaum hielten wir das Plakat hoch, wurde es schon von der Polizei heruntergerissen. Ich begann zu den Journalisten über Menschenrechte in Tibet zu sprechen. Die russische Polizei zertrümmerte mich schliesslich weg und wir kamen für eine Nacht ins Gefängnis. Auf der ganzen Welt wurden die Bilder der Verhaftung im Fernsehen ausgestrahlt. Und von da an waren Tibet

und Menschenrechte immer ein Thema, wenn über die Olympischen Spiele berichtet wurde. Ich glaube, das grosse Medienecho hat auch viele Leute motiviert. Das haben die eindrücklichen Aktionen von San Francisco bis Paris im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 gezeigt.

Sie wurden im Sommer 2008 von zahlreichen TV-Stationen eingeladen.

Ja, die Journalisten interessierten sich für mich, weil ich damals in Moskau verhaftet worden war, aber auch, weil ich dazu noch Schauspielerin bin. Mir ist einmal mehr bewusst geworden, dass man als Künstlerin die eigene Bekanntheit nutzen kann, um auf Tibet aufmerksam zu machen.

Mit Ihrem Buch verfolgen Sie dasselbe Ziel. War es schwierig, einen Verlag zu finden?

Nein, überhaupt nicht. Das Thema ist heute sehr aktuell. Auch Verlage in den USA, Grossbritannien, Frankreich und Holland werden mein Buch publizieren.

Es wäre naheliegend, dass Sie einmal in einer Verfilmung Ihres Buches mitspielen.

Diese Überlegungen gibt es. Ich wurde schon von Produzenten aus Deutschland angefragt. Aber für mich ist es noch zu früh. Jetzt wird das Buch auf Englisch übersetzt und ich möchte zuerst die Reaktionen in den USA und in Grossbritannien abwarten.

Yangzom Brauen: Eisenvogel. Drei Frauen aus Tibet. Die Geschichte meiner Familie. Heyne, 2009.

Interview: Franziska Stocker



Eine Stimme für Verfolgte.
www.gfbv.ch

